

Pressekonferenz vom 25.04.2018

Regina Werthmüller (Landrätin parteiunabhängig, Vorstandsmitglied Starke Schule beider Basel)

Bildungsrat – ein Fehlkonstrukt

In den vergangenen Jahren hat der Bildungsrat verschiedene Entscheide gefällt, welche den Schulen geschadet haben und die mühsam korrigiert werden mussten. Dabei hat er teilweise nicht nur den Volkswillen, sondern auch den klaren politischen Willen missachtet. Zwei Beispiele:

- Der Bildungsrat hat die Lehrmittel Mille feuilles, Clin d'Oeil und New World bewilligt und damit die flächenmässige Einführung einer neuen Unterrichtsideologie der Mehrsprachigkeitsdidaktik beschlossen. Eine Ideologie, die vom anerkannten pädagogischen Grundsatz wegkommt, die Schüler/-innen von einfachen zu schwierigen Anforderungen zu führen. Die Lehrmittel verursachen bei Eltern und Kindern viel Frust und Verärgerung und sie werden von den Fremdsprachenlehrpersonen (Primar- und Sekundarstufe) heftig kritisiert.
- Der Bildungsrat beschloss den Lehrplan 21 in seiner ursprünglichen Form einzuführen, also mit den vom Volk deutlich verworfenen Sammelfächern, ohne Jahresziele und ohne differenzierte Anpassung auf die drei in Baselland bewährten Anforderungsniveaus A, E und P. Selbst nach dem klaren Volksentscheid, welcher die Festschreibung der Einzelfächer im Bildungsgesetz verankerte, suchte der Bildungsrat nach einem Schlupfloch. Er beschloss eine Stundentafel mit 1- und 1.5-stündigen Promotionsfächern, die aus organisatorischen Gründen praktisch nur dann umgesetzt werden könnten, wenn dieselbe Lehrperson die Einzelfächer Geschichte, Geografie resp. Physik, Chemie und Biologie unterrichten würde. Faktisch hätte der Bildungsrat damit die beiden Sammelfächer eingeführt.

Bildungsrat entscheidet im stillen Kämmerlein

Der Bildungsrat besteht entgegen der weit verbreiteten Meinung aus zahlreichen Personen, die im Alltag nichts mit Bildung zu tun haben. Sie entscheiden im stillen Kämmerlein unter Ausschluss der Öffentlichkeit, ohne ihre Entscheide rechtfertigen zu müssen. Die Mitglieder des Bildungsrates können sich in der Anonymität verstecken und sich mit dem Hinweis auf das Amtsgeheimnis jeglicher inhaltlicher Diskussion verweigern. Dadurch können Fehlentscheide entstehen, die erst sehr spät erkannt werden.

Das Problem ist die fehlende Verantwortung. Die Mitglieder des Bildungsrates müssen keine negativen Konsequenzen befürchten, wenn sie Fehlentscheide treffen.

Das entspricht nicht unseren demokratischen Prinzipien und hat den Schulen in den letzten Jahren erheblich geschadet.

Beirat Bildung ist einem guten Bildungssystem verpflichtet

Ein Beirat Bildung, der professionell mit ausgewiesenen Fachexperten besetzt ist und der die gleichen Aufgaben zu erledigen hätte wie der heutige Bildungsrat, kann die Regierung fundiert und professionell beraten. Hat dieses Gremium Beirat Bildung keine abschliessende Entscheidungskompetenz, so muss es seine Analysen, Konzepte und Empfehlungen fachlich fundiert und überzeugend begründen, damit diese

Anklang finden. Und es müssen mehrheitsfähige und tragfähige Lösungen sein, ansonsten fliessen seine Empfehlungen nicht in die Entscheidungsprozesse ein. Unausgeglichene Ideen und politisch motivierte Schnellschüsse haben so keine Chance mehr, umgesetzt zu werden. Dieses Konzept erhöht unweigerlich die qualitative Arbeit des neuen Gremiums.

Die notwendigerweise fehlende Entscheidungskompetenz des Beirates Bildung hat zusätzlich eine positive Auswirkung auf dessen Besetzung. Ohne abschliessende Beschlusskraft können erfahrungsgemäss Exponenten ferngehalten werden, denen es in erster Linie um die eigene Profilierung und um die Lust an der Macht geht. Das Fehlen der Entscheidungskompetenz und die Notwendigkeit, mit guten Argumenten überzeugen zu müssen, favorisiert automatisch professionelle Fachleute, die aus Interesse an der Sache für ein Mandat im Beirat Bildung zur Verfügung stehen.

Regierungsrat kann klare Position des Beirates Bildung kaum missachten

Trifft der Beirat Bildung seine Empfehlungen mit deutlicher Mehrheit und fundiert begründet, so wird der Regierungsrat diese kaum übergehen können. Der Druck auf die Bildungsdirektion wäre politisch und öffentlich immens. Im Gegensatz zum heutigen Bildungsrat muss der Regierungsrat für seine Entscheidung den Kopf hinhalten und diese begründen. Die happigen Fehlentscheide, welche sich der Bildungsrat leisten konnte, hätte sich die Bildungsdirektorin nicht leisten können, ohne eine Flut von Vorstössen zu riskieren.